

Der Machtwechsel in Tunesien und politische Reformperspektiven in Nahost

Hanspeter Mattes/Sigrid Faath

Am 14. Januar 2011 verließ der tunesische Präsident Zine el-Abidine Ben Ali nach landesweiten Demonstrationen überraschend das Land und setzte sich nach Saudi-Arabien ab. Auch in anderen arabischen Staaten wie Ägypten, Algerien, Jemen und Jordanien kam es daraufhin zu teils massiven Protesten, ohne dass bislang in der Region ein weiterer Staatschef als direktes Ergebnis der Demonstrationen gestürzt worden ist.

Analyse

Zentraler als die oft gestellte Frage nach der Übertragbarkeit des tunesischen Modells auf die anderen arabischen Staaten ist die Dimension der realen Perspektiven grundlegender politischer Reformen in Nordafrika/Nahost. Für das Ausbleiben des von vielen arabischen politischen Aktivisten erhofften Dominoeffektes scheinen die jeweils deutlich unterschiedlichen landesspezifischen Verhältnisse, das konkrete Konfliktverhalten der Militärführungen und die andauernde – wenn auch geschwächte – Handlungsfähigkeit der Regierungen zu sprechen.

- Die Bürger und zivilgesellschaftlichen Akteure einiger arabischer Staaten versuchten zwar wie in Tunesien, flächendeckende Proteste auszulösen und politischen Reformdruck zu erzeugen; wegen der fehlenden zentralen Organisation der Proteste und ihrer Kanalisierung blieben sie jedoch ohne Konsequenzen für das jeweilige Regime – einzig in Ägypten scheint sich ein ähnlicher Reformprozess durchzusetzen.
- Die Staatsführungen reagierten mit dem unverzüglichen Ausbau der Sicherheitsdienste, Verbotsmaßnahmen und sozioökonomischen Sofortmaßnahmen. Dadurch gelang es ihnen – mit Ausnahme Ägyptens – bislang erfolgreich, das vorhandene Protestpotential zu neutralisieren.
- Die wirtschaftlichen Ursachen der Protestbewegung wie hohe Arbeitslosigkeit, hohe Lebenshaltungskosten und Armut können mit einem Machtwechsel allein nicht beseitigt werden; sozioökonomische Ziele sind nur langfristig zu verwirklichen.
- Politische Reformen laufen selbst bei einem Machtwechsel ins Leere, wenn kein Konsens über die gesellschaftlichen Reformziele besteht und Klientelismus, die paternalistische Denkweise und die „Versorgerstaatmentalität“ nicht überwunden werden.

Schlagwörter: Tunesien, Nahost, Regimewechsel, Politische Reformen

Die Breite der externen Reaktionen

Die innenpolitische Entwicklung in Tunesien seit Beginn der Proteste am 17. Dezember 2010, als sich im westtunesischen Sidi Bouzid der arbeitslose Hochschulabsolvent Mohamed Bouazizi nach administrativen Übergriffen aus Protest selbst verbrannte, fand Anfang des Jahres 2011 – angesichts der sich im ganzen Land ausweitenden Proteste – auch in den arabischen Medien immer größere Aufmerksamkeit.¹ Nach dem überraschenden Rücktritt von Staatspräsident Ben Ali am 14. Januar 2011 und seiner Flucht nach Saudi-Arabien begann neben der ereignisbezogenen Berichterstattung in den arabischen Nachbarstaaten vor allem eine Debatte darüber, ob die „tunesische Revolution“ exportierbar sei und wer die nächsten Kandidaten sein könnten, die von Protesten hinweggefegt werden („Qaddafi, Boutefflika, Mubarak ...?“). Der von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Gruppen geäußerte Optimismus, der sich in Slogans wie „Heute Tunesien, morgen der Maghreb“ artikuliert, wich inzwischen trotz der Eskalation der Proteste in Ägypten Ende Januar 2011 einer deutlich nüchterneren Einschätzung, weil sich die tunesischen Verhältnisse nicht als generell übertragbar herausstellten. Dies ist zum einen der spezifischen tunesischen Situation geschuldet: Der tunesische Präsident ist nicht ausschließlich durch die Straßenproteste vertrieben worden. Er war auch ein Opfer seiner Fehler im Umgang mit dem Militär und seiner fehlgeleiteten politischen Überlegungen am 14. Januar 2011, also von Entwicklungen, die in anderen Staaten – wie z.B. in Algerien² – trotz ähnlich massiver Proteste so nicht stattfanden. Zur Kristallisation des „Volkszornes“ trug als entscheidender Faktor auch die materielle Gier der präsidentialen Familie Ben Ali-Trabelsi (Beau/Graciet 2009) – Sinnbild für institutionalisierte Korruption und die Privatisierung des Staates – bei, die im Vergleich zu anderen arabischen Staaten – obwohl es dort eine ähnliche Privilegiensicherung gibt – offener erfolgte. Dementsprechend entlud sich dieser Zorn auch in der Plünderung der Ben Ali-Trabelsi-Villen. Hinzu kommt, dass insbesondere in den nordafrikanischen Nachbarstaaten, aber ebenso in Jordanien

und im Jemen, die Staatsführungen als Reaktion auf die Entwicklungen in Tunesien umgehend konkrete politische, sicherheitspolitische und sozioökonomische Maßnahmen ergriffen³, so dass den Protestbewegungen – mit Ausnahme Ägyptens – zumindest bislang die Angriffsspitze genommen wurde.

Reaktionen in Nordafrika

Reaktionen der Bürger/Zivilgesellschaft

Die Bevölkerung in den arabischen Staaten reagierte auf die Ereignisse in Tunesien auf zweifache Weise: zum einen gab es breite verbale und mediale Unterstützung für die tunesische Protestbewegung, wobei die Front der Unterstützer von der Hamas und den Muslimbrüdern einschließlich Scheich Yusuf Qaradawi über Vertreter der politischen „Mitte“ bis zu linken Splittergruppen reichte. Zum anderen wurde gemäß dem Motto „Heute Tunesien – morgen der Maghreb“⁴ in vielen Ländern versucht, durch Initiativen der Oppositionsparteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen eine eigene Protestbewegung zu formieren und mit öffentlichen Demonstrationen Druck auf die jeweiligen Regierungen zugunsten politischer und wirtschaftlicher Reformen auszuüben. Politische Hauptforderung war in den meisten Fällen der Ruf nach dem Rücktritt der amtierenden Staatsführung und der Bildung einer (Übergangs-)Regierung der nationalen Einheit („Der Sturz der autoritären Regime ist das Gebot der Stunde“). Maßnahmen gegen Korruption und Folter sowie die Bekämpfung von Vergehen gegen die Menschenrechte generell auf den Polizeistationen wurden genauso vehement eingefordert. Die wirtschaftlichen Forderungen konzentrierten sich auf die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Wohnraum sowie den Kampf gegen die hohen Lebensmittelpreise und die Armut.

Am erfolgreichsten waren diese Bestrebungen, eine Protestbewegung in Gang zu setzen, in Algerien, wo es seit Anfang Januar 2011 immer wieder zu teilweise gewalttätigen Protesten

1 Vgl. Boukhars (2011).

2 In Algerien eskalierten Anfang Januar gleichfalls die landesweiten Proteste, die bereits das ganze Jahr 2010 kennzeichneten. Vor allem in Algier kam es vom 4.-8. Januar 2011 zu heftigen Zusammenstößen der Demonstranten mit der Polizei mit mindestens sechs Toten.

3 Das heißt nicht, dass die Regierungen nicht bereits vor den Unruhen entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage eingeleitet hatten (vgl. Catusse u.a. 2009).

4 So prominent die algerische Oppositionspartei Front des Forces Socialistes am 12.1.2011.

kam,⁵ in Ägypten ab dem 25. Januar 2011 („Tage des Zorns“),⁶ in Jordanien (Proteste am 14., 16., 21. und 25.-27. Januar 2011) und im Jemen (Mitte Januar 2011), wo es Massenproteste gab. Aber auch aus Khartum (16. Januar 2011), Oman (17. Januar 2011) und Jidda wurden Demonstrationen gemeldet.

Nach tunesischem Vorbild, wo die Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi am 17.12.2010 das Fanal für den Volksaufstand war, versuchten seither mit Schwerpunkt in Algerien (seit Anfang Januar 2011 mindestens 16 Fälle), aber auch in Ägypten, Marokko und Mauretanien arbeits- und perspektivlose jüngere Erwachsene durch ihre öffentlichen Selbstmorde ein Zeichen zu setzen und Proteste auszulösen. Die Selbstverbrennungen, die „neue Mode sozialen Protests“ (so die algerische Zeitung *L'Expression*), wurden zwar auf staatlichen Druck durch die Imame als Sünde und als unislamisch gebrandmarkt, konnten aber bislang nicht eingedämmt werden und sorgen so in der Tat für immer neue Protestimpulse.

Zur Erhöhung des politischen Drucks ist jedoch die Koordinierung der Proteste notwendig. Diesen Umstand erkannten die zivilgesellschaftlichen Gruppen vor allem in Algerien und Ägypten. Seit Mitte Januar 2011 begannen sie, die oftmals spontanen Einzelproteste zu koordinieren, zu kanalisieren und zu politisieren. In Algerien gründeten sie zu diesem Zweck am 21. Januar 2011 politische Parteien, autonome Gewerkschaften, Jugend- und Studentenverbände sowie Menschenrechtsvereinigungen und eine *Nationale Koordinationsstelle für Wechsel und Demokratie*. In Ägypten zeichnet sich unter der Koordination des Hauptherausforderers von Präsident Mubarak, dem Friedensnobelpreisträger Mohammed El-Baradei, ein ähnlicher Prozess ab. El-Baradei war am 27. Januar 2011 aus dem Ausland zurückgekehrt und hatte sich an die Spitze der Protestbewegung gesetzt.

Reaktionen der Staatsführungen

Die Reaktionen der Staatsführungen fielen sehr unterschiedlich aus. Die einen ignorierten die Entwicklung in Tunesien, während andere Bezug darauf nahmen, um gleichzeitig – verbunden mit

Selbstlob – zu betonen, dass im eigenen Land eine solche Entwicklung nicht eintreten könne, weil die Situation vollkommen anders sei.⁷ So kommentierten weder der marokkanische König Mohamed VI. noch der algerische Präsident Bouteflika bis dato die Ereignisse in Tunesien. Einzelne Minister würdigten allerdings die in ihren Ländern bereits eingeleiteten Maßnahmen als deutliche Reformschritte. Eine Ausnahme bildete Revolutionsführer Qaddafi, der zuerst den Sturz Ben Alis als falsch bezeichnet und bedauert hatte, Ende Januar 2011 aber die tunesische Volksrevolution ideologisch neu bewertete und als Ausdruck des Willens der *jamahir* (Volksmassen) einschätzte.

Unabhängig von der öffentlich vertretenen Position leiteten alle Regierungen umgehend konkrete sicherheitspolitische und für den einzelnen Bürger materiell spürbare Maßnahmen ein, um aufgebrochenes oder antizipiertes Protestpotential einzudämmen und um die politische Opposition zu schwächen und zu spalten.

Institutionelle Reaktionen

Die institutionellen Reaktionen umfassten – abgesehen von Kabinettsumbildungen und dem Versprechen schneller demokratischer Reformen wie in Tunesien kurz vor dem Machtwechsel, in Ägypten durch Präsident Mubarak am 28. Januar 2011⁸ oder in Jordanien am 1. Februar 2011 – die Reform des Nationalen Sicherheitsrates (Libyen) bzw. die Revitalisierung des algerischen *Haut Conseil de Sécurité*, der Ende Januar 2011 zum ersten Mal seit dem Amtsantritt Präsident Bouteflikas 1999 zusammentraf. Daneben sind gesteigerte Aktivitäten in den Organen zur Korruptionsbekämpfung festzustellen.

Ausbau des Repressionsinstrumentes und Demonstrationsverbote

Auch wenn die Ausgangsbedingungen in den arabischen Staaten unterschiedlich sind (in Ägypten gilt seit 1981 der Notstand, in Algerien seit 1992,

⁵ Für den 12.2.2011 sind von den Jugendorganisationen, Studentenverbänden, Zusammenschlüssen von Arbeitslosen und der Bloggerszene Großdemonstrationen unter denselben Slogans wie in Tunesien und Ägypten geplant.

⁶ Vgl. www.aawsat.com, 25.1.2011 (Egypt to face its first Tunisian-inspired protests).

⁷ Vgl. z.B. al-Ahram online, 19.1.2011 (Algeria is not similar to Tunisia, says Algerian minister).

⁸ In Ägypten erfolgte gleichzeitig die Ernennung von Geheimdienstchef Omar Sulaiman zum Vizepräsidenten (das Amt ist somit erstmals seit 1981 wieder besetzt).

in Syrien seit 1963), so zeigt sich deutlich, dass seit Januar 2011 in allen Staaten die Sicherheitsvorkehrungen verschärft wurden und staatliche Aufrufe, nicht zu demonstrieren, erfolgen. Der algerische Innenminister betonte mehrfach, dass „in Algier keine Protestmärsche geduldet werden“. Offensichtlich ist die Stationierung von spezialisierten Sicherheitskräften in Marokko und Algerien;⁹ in Libyen erfahren die (bewaffneten) Revolutionskomitees seit Dezember 2010 eine beachtliche Wiederbelebung. Kommt es zu Demonstrationen, wird mit massiven Verhaftungen versucht, die Schlagkraft der Proteste zu schwächen;¹⁰ nächtliche Ausgangssperren oder auch die Schließung von Schulen und Universitäten (z.B. in Tunesien am 10. Januar 2011) sollen die Organisationskapazitäten einschränken. Wie die Fälle Tunesien und Ägypten, aber auch Iran 1979 gezeigt haben, greifen diese Maßnahmen nur bis zu einem gewissen Grad – gegen einen Volksaufstand, einen Marsch der Millionen sind sie wirkungslos.

Wirtschaftliche Notmaßnahmen

Insofern sich die Kernforderungen der Protestbewegungen auf die hohe Arbeitslosigkeit, die steigenden Lebenshaltungskosten und die Wohnungsnot bezogen, haben die Regierungen mit der Verkündung von Sonderprogrammen, die sich genau diesen Problemen annahmen, sowie massiven Subventionsmaßnahmen versucht, die aufgeheizte Stimmung zu besänftigen. In den Medien wurden diese Maßnahmen unter dem Credo „Den Armen verpflichtet“¹¹ propagandistisch verkauft. Allein im Januar 2011 verfielen mehrere Regierungen in entsprechenden Aktionismus. So wurden u.a.

- in Mauretanien spezielle Läden mit subventionierten Nahrungsmitteln eröffnet,
- in Marokko die Nahrungsmittelsubventionen verlängert,
- in Algerien sogar die Preise der subventionierten Nahrungsmittel (Mehl, Zucker, Öl usw.)

⁹ Vgl. z.B. El Watan (Algier), 17.1.2011, zitiert nach BBC (Riot squads deployed in Algerian capital).

¹⁰ Selbst die Freilassung verhafteter Demonstranten wird im Einzelfall von der Regierung als Beruhigungsmaßnahme eingesetzt.

¹¹ So die ägyptische Regierungspartei *National Democratic Party* im Januar 2011; vgl. al-Ahram weekly, 20.1.2011 (Committed to the poor).

- um ein Volumen von 300 Millionen Euro gesenkt und zur Verhinderung von Engpässen bei der Brotversorgung weitere zwei Millionen Tonnen Weizen geordert, und in
- Jordanien die Gehälter angehoben.

Weitere Maßnahmen, die zeigen sollten, dass die Regierungen sich um das Wohlergehen der Bevölkerung kümmern, bestanden in

- Inspektionsreisen (so von König Abdallah am 30. Januar 2011 in SüdJordanien),
- der Ankündigung beschleunigter sozialer Wohnungsbauprojekte (Präsident Bouteflika am 17. Januar 2011),
- der Bereitstellung eines speziellen Landesentwicklungsfonds in Höhe von 14 Milliarden Euro in Libyen am 26. Januar 2011 oder
- gleichfalls in Tunesien, wo am 25. Januar 2011 der neue Minister für regionale Entwicklung Néjib Chebbi 260 Millionen Euro für die Entwicklung des Landesinnern zur Verfügung stellte.

Die Entwicklung in Tunesien bestimmte zwangsläufig auch die Diskussionen des 2. Arabischen Wirtschaftsgipfels, der am 19. Januar 2011 im ägyptischen Scharm el-Scheich stattfand.¹² Die versammelten Staatschefs – in den offiziellen Erklärungen die Entwicklung in Tunesien ignorierend – plädierten angesichts des Scheiterns ihrer bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik für eine entwicklungspolitische Neuausrichtung („developmental renaissance“). Deren Kern sollen die massenorientierte Entwicklung, die Förderung kleiner und mittlerer Betriebe sowie die Entwicklung bislang marginalisierter Regionen bilden. Die Evaluierung anlässlich des in Kuwait 2013 vorgesehenen 3. Gipfels wird die Ernsthaftigkeit des Anspruchs zeigen.

Medienmaßnahmen

Die Beeinflussung der Informationsverbreitung ist eine der am häufigsten angewandten Strategien zur Eindämmung von Protesten. Angesichts der hohen Mobilisierungsfunktion von Facebook und Twitter sowie dem Informationszugang über das Internet versuchten sowohl in Tunesien als auch

¹² Vgl. Details www.lasportal.org.

in Ägypten (sowie zeitweise in Algerien und Libyen) die Behörden, mittels einer Stilllegung des Internets und der Informationsdienste, die Kommunikation unter den Teilnehmern der Protestbewegung zu stoppen.¹³ Die Entwicklung der Proteste zeigte, dass diese Maßnahmen der Bewegung zwar Nadelstiche zufügten, aber letztendlich die Ereignisse nicht aufhalten konnten.

Gleiches gilt für die Versuche, das Informationsangebot ausländischer Fernsehsender¹⁴ durch Verbote einzuschränken. Im Hauptfokus steht hierbei der katarische Sender al-Jazira, der sowohl in Tunesien als auch in Ägypten jeweils ausführlich über den Protestverlauf informierte und sich zum Sprachrohr der Oppositionsbewegung entwickelte. Die Schließung des Jazira-Büros¹⁵ in Kairo am 30. Januar 2011 konnte dieser Rolle aber nichts anhaben, sondern entlarvte vielmehr die Ankündigung demokratischer Reformen als Lüge.

Politische Reformperspektiven für Nordafrika/Nahost

In Berichten und ersten Analysen zu den Protestdemonstrationen, die nach Tunesien in anderen nordafrikanischen und nahöstlichen Staaten zu Massenaufmärschen und Forderungen nach dem Rücktritt der jeweiligen Staatspräsidenten und Regierungen geführt hatten, wurde spekuliert, ob jetzt eine Demokratisierung der arabischen Staaten anstünde. „Auch in Arabien kann die Demokratie Fuß fassen“, hieß es zum Beispiel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 25. Januar 2011. Der französische Historiker und Anthropologe Emmanuel Todd hielt es nicht für ausgeschlossen, dass die zukünftige Entwicklung Tunesiens die bislang gängige, den Diskurs über politische Reformen in arabischen Staaten prägende These von deren struktureller Unfähigkeit zur Demokratie widerlegen könnte.¹⁶ Der aus Iran stammende Journalist Amir Taheri relativierte hingegen diese Hoffnungen auf Demokratie mit Blick auf die prägenden Faktoren der Gesellschaften.

¹³ Vgl. zur Rolle der modernen Kommunikationsmittel bei der Organisation der Proteste asharq-e.com, 21.1.2011 (The Tunisian model).

¹⁴ So hat die algerische Regierung dem reformierten tunesischen Privatsender Nessma am 22.1.2011 die Zulassung verweigert.

¹⁵ AFP, 30.1.2011 (Egypt moves to shut down Al Jazeera amid unrest).

¹⁶ Vgl. *Réalités*, Tunis, 25.1.2011 (Tunisie. Analyses de la «révolution» de jasmin).

Für Taheri entwickelte Tunesien – und dies gilt analog auch für die anderen arabischen Staaten – weder vor noch nach der Unabhängigkeit das Potenzial, um ein pluralistisches, demokratisches politisches System westlichen Stils einzuführen.¹⁷ Die kommenden Monate werden zeigen, welcher Beobachter die realen Kräfteverhältnisse und gesellschaftlichen Umfeldbedingungen besser erkannt und die Entwicklung im Hinblick auf politische Reformen „richtiger“ eingeschätzt hat.

Ausgehend von den politischen Protesten und Forderungen der Demonstranten nach einem Machtwechsel und mehr Freiheiten sollten allerdings – um allzu hohen Erwartungen in politische Umgestaltungen vorzubeugen – die Bedingungen rekapituliert werden, die gesamtgesellschaftlich in den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens wirksam sind und eine grundlegende Neugestaltung der politischen Systeme erschweren werden.

Strukturelle Reformhindernisse

Unabhängig davon, ob es – wie in Tunesien – zu einem politischen Machtwechsel kommt, bestehen Reformhindernisse fort, deren Überwindung – wenn überhaupt – nur mittel- bis langfristig gelingen kann. Es sind die altbekannten gesellschaftsprägenden Faktoren, die überdauern und die innergesellschaftlichen Beziehungen bestimmen. Ein Machtwechsel allein und selbst eine Verfassungsänderung bleibt dagegen wirkungslos, wenn nicht gleichzeitig ein Prozess des Umdenkens und der Veränderung dieser tradierten Verhaltensmuster über entsprechende Bildungsmaßnahmen, gesetzliche Regelungen, Kontrollinstanzen usw. eingeleitet wird. Dies ist nur dann zu erwarten, wenn sich zivilgesellschaftliche Organisationen dafür langfristig engagieren bzw. den notwendigen Freiraum erhalten, um sich für diesen Mentalitätswandel einzusetzen. Eine neue politische Ordnung, die nicht nach kurzer Zeit im Amt wieder Staatsressourcen zur Sicherung von Loyalität verteilt, die nicht in hohem Ausmaß Korruption deckt und Repression zur Einschüchterung der Staatsbürger einsetzt, bräuchte vorbereitende Maßnahmen, die auf gesellschaftlicher Ebene ansetzen und die bislang prägenden Mentalitäten, Verhaltensstrukturen und Hierarchien auf-

¹⁷ Vgl. www.asharq-e.com (28.1.2011) (Amir Taheri: Tunisia and Caesar's boots in winter).

brechen helfen. Als Problemfaktoren, die grundlegende politische Reformen mit langfristiger Wirkung verhindern, sind in erster Linie die folgenden zu nennen:

Die Versorger- und Rentenstaatsmentalität: Sie verhinderte bislang stets eine offene Debatte über die vom Staat zu leistenden und leistbaren Aufgaben. Bisher hielten die in gleichem Maße wie die Bevölkerung der Versorger- und Rentenstaatsmentalität verhafteten Staatsführungen an der Strategie der Machtsicherung durch „Kurskorrekturen“ fest. Dadurch blieben die tradierten Herrschaftsmechanismen bestimmend. Von staatlicher Seite wurde in der Regel versucht, Loyalität und Unterstützung zugunsten des Staates durch klientelistische Beziehungsstrukturen, die Tolerierung von Korruption und die entsprechende „Versorgung“ möglichst breiter Bevölkerungskreise und Interessengruppen mit materiellen und immateriellen Gütern zu erreichen. Die Erwartungshaltung an den Staat bzw. die Staatsführung reproduzierte sich auf diese Weise; Selbstverantwortung wurde dadurch nicht entwickelt. Die innenpolitische Leistungsfähigkeit der Staatsführungen geriet während der letzten Jahre immer mehr in die Kritik. Eine Desolidarisierung und Gegenmobilisierung der von dem Leistungsdefizit besonders betroffenen jungen Generation, die weit über 50 Prozent der Bevölkerung ausmacht, war die Folge. Desolidarisierung heißt aber auch: fehlendes Engagement zwecks Kooperation innerhalb der staatlichen Strukturen und stattdessen hohe Bereitschaft zur offensiven Mobilisierung gegen den Staat. Die Erwartungshaltung an den Staat bzw. die Staatsführung blieb jedoch bestehen, weshalb sich auch alle Wut auf den obersten Repräsentanten des Staates konzentriert.

Die fehlende Kompromisskultur: Das Staat und Gesellschaft prägende dichotomische Denken und eine entsprechende Weltdeutung (Freund-Feind-Raster) begünstigen Monopolansprüche, etwa im Besitz der Wahrheit oder auf dem richtigen Weg zu sein. Die Durchführung von Maßnahmen im sozialen, entwicklungspolitischen oder wirtschaftlichen Bereich wurde folglich durch ideologische Grundsatzdebatten stets verzögert, vereitelt oder „verwässert“. In Tunesien wird deshalb seit dem Machtwechsel zu Recht von einigen politisch engagierten Akademikern verlangt, erst einmal einen Konsens über das zukünftig umzuset-

zende „Gesellschaftsprojekt“ zu finden, also u.a. die Fragen zu klären, wie viel Zentralismus/Dezentralisierung, wie viel Staatswirtschaft/Marktwirtschaft, wie viel religiöse Richtlinien zur Anwendung kommen sollen.

Der Wertekonservatismus: Die Sozialisierung der nachwachsenden Generationen in tradierten Werten ist immer noch relativ intakt, was zum Beispiel die Erwartungshaltung an die Familie (Großfamilie), in einigen Staaten an den Stamm und die Ethnie, die religiöse Gemeinschaft und schließlich den Staat anbelangt. Auch das Verhalten in den Geschlechterbeziehungen und der Stellenwert der Religion für die Gesellschaft und das Individuum wird von den Traditionen und dem durch sie erzeugten sozialen Druck bestimmt. Die Mehrzahl der Familien und die Bildungseinrichtungen sowie die religiösen Schulen verfestigen diesen Wertekonservatismus und die patriarchalischen, hierarchischen Strukturen. Zentralistische und bürokratische Strukturen werden durch dieses Verhalten ebenfalls zementiert.

Der algerische Historiker Ahmed Rouadjia sieht deshalb nur dann eine Chance für weiterreichende politische Veränderungen in der Region, wenn ein Mentalitätswandel stattfindet und in einem ersten Schritt Gesetze von allen geachtet werden, so dass Rechtsstaatlichkeit erreicht werden kann. Eine zentrale Rolle, um den Mentalitätswandel in Gang zu setzen, weist er den zivilgesellschaftlichen Organisationen zu, die eine freiheitliche und plurale Gesellschaftskonzeption haben. Diese werden aber erst mittelfristig entstehen und auf die Gesellschaft einwirken können, wenn sich durch entsprechende Reformen die gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen verbessern. Ob die Chancen hierfür nach einem Machtwechsel wie in Tunesien genutzt werden, ist noch offen.

Ein Ausweg aus der politischen Krise?

Die Regierungen arabischer Staaten können – wenn künftig neuerliche Massenproteste und gegebenenfalls ein Regimesturz vermieden werden sollen – Reformen nicht ausweichen. Wachsende Einsicht in die Reformnotwendigkeit ist nach dem Schock der Ereignisse von Tunesien bereits fest-

stellbar.¹⁸ Trotz der beschriebenen strukturellen Reformhindernisse stehen den Staatsführungen arabischer Staaten (hierbei unterstützt von den EU-Staaten) verschiedene Ansatzmöglichkeiten für wirkungsvolle Reformen zur Verfügung. Sie können vor allem auch im politischen Bereich maßgebliche Signale setzen, die dazu beitragen, ein neues Vertrauensverhältnis zu den Bürgern aufzubauen. Hierzu zählen in erster Linie

- sichtbare Maßnahmen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und zur Gewährleistung der Unabhängigkeit der Justiz (Stichwort: Justizreform);
- Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption (auf allen Ebenen);
- die glaubhafte Absage an Folter, Maßnahmen zur Kontrolle des menschenrechtskonformen Verhaltens der Sicherheitsorgane, die Einrichtung von Beschwerdestellen und die Verfolgung von Menschenrechtsverstößen;¹⁹
- die Eindämmung von Wahlfälschungen und die
- Akzeptanz und Förderung von Pluralität.

Diese Maßnahmen lassen sich insbesondere nach einem Machtwechsel kurzfristig in die Wege leiten und zeigen deutlich schneller positive und vertrauensbildende Effekte als die gleichfalls notwendigen wirtschaftlichen Entwicklungsmaßnahmen (Schaffung von Arbeitsplätzen), die höchstens mittelfristig Wirkung zeigen können. In keinem Fall werden – wie es ein tunesischer Kolumnist formulierte – aus schwerfälligen Schiffen binnen kurzem um 180° gedrehte Schnellboote mit Zielrichtung „Demokratie“.

Wenn es in Tunesien (oder auch in Ägypten) gelingt, mit dem Konsens der Mehrheitsgesellschaft eine neue Regierung zu etablieren, erste politische Reformen in Angriff zu nehmen und die staatliche Ordnung aufrechtzuerhalten bzw. schnell wiederherzustellen, kann dies ein Signal für andere Staatsführungen der Region zugunsten (dosierter) politischer Eingriffe sein.

Literatur

- Beau, Nicolas und Catherine Graciet (2009), *La régente de carthage: Main basse sur la Tunisie*, Paris: La Découverte.
- Boukhars, Anouar (2011), *Political violence in North Africa. The perils of incomplete liberalization*, Doha: Brookings Doha Center.
- Catusse, Myriam et al. (2009), *L'état face aux débordements du social au Maghreb*, Paris: Karthala.
- <www.undp-pogar.org> (Programme on Governance in the Arab Region).
- <www.carnegieendowment.org/arb/> (Arab Reform Bulletin).
- <www.arab-reform.net> (Arab Reform initiative).

¹⁸ So z.B. bei dem syrischen Präsidenten Bashshar al-Asad; vgl. alarabonline, 31.1.2011 (Syria's president urges Middle East to „upgrade“); vgl. auch middle-east-online, 27.1.2011 (Jordan king wants speedier reforms).

¹⁹ Hier verfügt die marokkanische *Instance d'équité et de réconciliation*, die die Menschenrechtsverletzungen unter König Hassan II. aufarbeitete, über große Expertise; tunesische Gruppen haben bereits Kontakt nach Marokko aufgenommen.

■ Die Autoren

Dr. Hanspeter Mattes ist stellvertretender Direktor des GIGA Institut für Nahost-Studien. Spezialgebiete: Innen- und Außenpolitik der nordafrikanischen Staaten, wirtschaftliche Transformationsprozesse, *soft security*-Probleme.

E-Mail: <mattes@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/mattes>>.

PD Dr. Sigrid Faath arbeitete von 1985-2008 am Deutschen Orient-Institut bzw. dem GIGA Institut für Nahost-Studien; sie ist seit 2009 Associate Fellow der DGAP Berlin und zur Zeit mit einem Forschungsprojekt zu den arabisch-türkischen Beziehungen befasst.

E-Mail: <faath@dgap.org>, Website: <<http://www.dgap.org/fi/mitarbeiter/pd-dr-sigrid-faath/>>.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Der GIGA-Forschungsschwerpunkt 1 befasst sich im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ mit Legitimationsstrategien und Anpassungsleistungen autoritärer Regime. Im Rahmen des GIGA-Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit“ werden ergänzende Aspekte der öffentlichen Sicherheit untersucht; seit 2009 wird u.a. das Projekt „Defizite der inneren Sicherheit in Nordafrika: Ursachen, Dimensionen und staatliche Gegenstrategien“ durchgeführt, das auch Aspekte der sozialen Proteste beinhaltet.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, André (2010), Die neue Autoritarismusforschung: Ansätze, Erkenntnisse und konzeptionelle Fallstricke, in: Albrecht, Holger und Rolf Frankenberger (Hrsg.), *Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Baden-Baden: Nomos, 21-36.

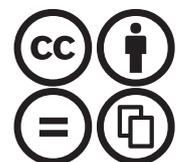
Hansen, Gerda und Thomas Siebold (2011), *Arabische Autokratien unter Demokratisierungsdruck*, Hamburg: GIGA Informationszentrum, Annotierte Online-Bibliographie, online: <http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/bibliothek/bibliographien/pdf/dok-line_nahost_2011_1.pdf>.

Mattes, Hanspeter (2009), *Global Security Governance – eine positive Bilanz der UN-Anstrengungen zur Kriminalitätsbekämpfung*, GIGA Focus Global, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Richter, Thomas (2011), *Autoritäre Herrschaft, materielle Ressourcen und Außenwirtschaftsreformen: Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien zwischen 1970 und 2003*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, (i.E.).



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM